

Freihandelsabkommen (TTIP, TiSA und CETA)

**Ausschuss für Finanzen,
Wirtschaftsförderung und
Kreientwicklung
des Kreises Coesfeld am 17.03.2015**

Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn

www.lkt-nrw.de

Argumente für den Abschluss von Freihandelsabkommen

- Ziel: Vereinfachung und Stärkung des Handels
- geopolitisch: politische Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung (TTIP als „Vorbild“)
- Vorteile für (deutsche) Wirtschaft (vor allem KMU): Erschließung neuer Märkte und Abbau von Handelshemmnissen (Harmonisierung von Prüfverfahren etc.)
- Vorteile für Bürger/innen

Verhandlungsstand

- CETA: ausverhandelt

- TiSA: laufende Verhandlungen

- TTIP:
 - 8 von (geplanten) 10 Verhandlungsrunden
 - Ende 2014/Anfang 2015: Veröffentlichung von Verhandlungstexten und Auswertung der Online-Konsultation zum Investitionsschutz
 - nach Verhandlungsabschluss: Ratifizierung durch EU-Organe sowie Mitgliedstaaten (gemischtes Abkommen)
 - „Vetorecht“ einzelner Mitgliedstaaten
 - Wahl des US-Präsidenten in 2016 (?)

Kommunale Daseinsvorsorge (TTIP)

- Sorge vor Marktzugangsverpflichtungen, der Untersagung lokaler Monopole und der Forderung nach weitreichender Öffnung für Private (Wasserver- und Abwasserentsorgung, ÖPNV, soziale Dienstleistungen etc.) sowie wettbewerbsrechtlichen Einschränkungen

- Kommunale Spitzenverbände: Ausnahme der kommunalen Daseinsvorsorge vom TTIP-Anwendungsbereich (Positivliste), anders: USA (vermutl. Negativliste)

- „Entwarnung“: bereits einiges erreicht (Verhandlungstexte und Faktenblätter sowie Erklärung der beiden TTIP-Chefunterhändler)

Öffentliches Beschaffungswesen

- weitgehende Berücksichtigung kommunaler Interessen bei jüngster Reform des europäischen Vergaberechts (interkommunale Zusammenarbeit, Bereichsausnahmen etc.)
- Sorge: teilweise Aushebelung durch TTIP
- EU-Kommission: vergleichbare Regeln in TTIP

Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz

- unterschiedliche Standards = nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deshalb Angleichung (?)
- aber: kein Protektionismus, sondern Umsetzung gesellschaftlich-politisch Konsenses
- EU: Vorsorgeprinzip (anders: USA)
- „Entwarnung“: (inzwischen veröffentlichtes) TTIP-Verhandlungsmandat sowie Äußerungen der Bundesregierung
- EU-Kommission: Wahrung des europäischen Schutzniveaus bei Lebensmitteln (keine „Chlorhühner“)

Investitionsschutz

- Mandat der EU-Kommission: Verhandlung (aber: öffentliche Konsultation in 2014)
- Kommunale Spitzenverbände: Investitionsschutz (Schiedsgerichte) nicht per se negativ, im Falle von TTIP aber nicht erforderlich
- bedenken: Wirkung eines möglichen Verzichts auf andere Freihandelsabkommen
- „Lösung“: internationaler Handelsgerichtshof oder Vorbehalt durch Bundesregierung

Transparenz

- „Geheimverhandlungen“ (?)
- zuletzt einige positive Entwicklungen: Online- Konsultation, Veröffentlichung von Verhandlungstexten, TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministers (= Lernprozess)
- Problem: Papiere und Forderungen der USA?

Fazit

- Risiken nicht ausblenden, zugleich aber auch Chancen von Freihandelsabkommen betrachten
- abschließende Bewertung derzeit noch nicht möglich
- keine vorschnelle Festlegung, sondern konstruktiv-kritische Begleitung